

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt WK

Lebensmittelpreise von heute
Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle.
Zusatz in Genossenschaft, Preise wenig verändert.

Weizenkolb 0,90-1,10 M.	Wirsingkolb 1-1,20 M.
Rohkohl 0,90-1,20 M.	4. Fkt. Blumenkohl 3-6 M.
Kopf. Rosenkohl 1 M.	4. Fkt. 1,20 M.
Kohlrabi 8-8,50 M.	d. Maß. Kohlraben 0,60-0,70 M.
Tatowen Rabeisen 1-1,20 M.	Mohrraben 0,80-1,00 M.
Salsgurken 3-6 M.	4. Stück. Einlegegurken 2-2,50 M.
Tomaten 1,20-2,50 M.	Kartoffeln 0,80 M.
Apfel 1-5 M.	Birnen 0,80-3 M.
Frischbohnen 3-5 M.	Wolstraben 3-9 M.

Der Stand der Mark

Währung	Letzter Kurs	Vorletzter Kurs	Kurs v. 17.10.21
New-York	Dollar	---	23,21
Amsterdam	Fl.	1,89 1/2	58,82
Kopenhagen	Kr.	1,65	88,88
Stockholm	Kr.	2,80	88,88
London	£	---	100,00
Zürich	Sfr.	3,45	125,--
Wien	Sch.	---	117,84
Lissabon	Esc.	207 1/2	100,00
Paris	Fr.	8,27	125,00
Rom	Lira	---	125,00

Konflikts-Ende und politische Hochspannung.

Die Frage des Kabinettsrücktritts.

O. N. Genau eine Woche haben unsere Leser die Berliner Volks-Zeitung entbehren müssen. Nachdem es erst kurz vorher zu einer erfrischenden Einigung in Würdigung der e r e b e gekommen war, entband plötzlich über eine Berechnungsabweichung des neu vereinbarten Tarifes ein Streit. Die von beiden Seiten eingeleiteten und anerkannten Tarifinflexionen entschieden, daß das Recht auf der Seite unseres Verlages lag. Auch die Arbeitnehmer in den Schiedsgerichten teilten diesen Standpunkt. Da die Verleger ebenfalls organisiert sind wie die Arbeitnehmer, konnten sie nur gemeinsam handeln. Der hohe Gedanke des Vertrags schließt es ja auch aus, daß nun Sonderverhandlungen in irgendeinem Verlage geführt werden, und wenn der vergangene Streit alle Teile etwas gelehrt hat, dann muß es die Erkenntnis sein, daß der Arbeitsfriede, den Deutschland so dringend notwendig braucht, durch Tarifverträge und Schiedsinstanzen so fest wie nur möglich befestigt sein muß. Es ist jedenfalls hocherfreulich, daß in letzter Stunde die Vermittlungsaktion des Arbeitsministers Dr. Brauns den Erfolg gehabt hat, daß die

Die Genfer Entscheidung ist der härteste Schlag gegen das Kabinett Wirth. Es ist darum auch erklärlich, daß die Parteien in dem Schmerz über die obersteinständige Entscheidung den Rücktritt des Kabinetts Wirth erzwangen. Es ist jedoch notwendig, daß auch in diesen schweren Stunden das Herz nicht mit dem Kopfe durchgeht. Der Verhandlung erfordert, daß man jede Handlung und Entscheidung sorgfältig und dreifach erwägt und überlegt. Es ist gewiß richtig, daß das Kabinett Wirth sein Ziel nicht erreicht hat. Herr Wirth hat auch wiederholt erklärt, daß er mit einer gerechten Entscheidung in Oberösterreichische oder falls. Wenn aber jetzt der Gedanke erwogen wird, durch einen formellen Rücktritt gegen die Genfer Entscheidung zu protestieren und dann das alte Kabinett sofort auf neue zu konstituieren, so wäre das doch lediglich eine leere Geste. Auch eine Auswechslung der Männer würde auf das gleiche hinauskommen. Für die Erfüllungspolitik haben sich die Parteien der Mitte eingeleigt, sie taten es bei der Annahme des Minimums nicht unter der Bedingung einer gerechten Entscheidung in Oberösterreich — denn die Annahme des Londoner Minimums mußte in bedingungslos und vorzusetzungslos erfolgen — aber die Politik des Kabinetts Wirth vermagte doch lediglich unter den von Lloyd George proklamierten Grundsätzen einen wirksamen Erfüllungswillen im Volke zu erzeugen. Hinter dieser Politik standen nicht nur die Minister, sondern auch ihre Parteien. Ist Wirth mit seiner Politik gescheitert, so die Parteien ebenfalls. Es müßte festgestellt werden, ob die Regierung den Radikalen von rechts oder links überlassen werden. Wer wollte das beantworten? Die nüchterne Überlegung muß darum zu dem Entschluß führen, den Reichstag schleunigst zusammenzurufen

und der Regierung den Auftrag zu geben, in den Verhandlungen mit Polen die deutschen Interessen nach Kräften wahrzunehmen. Es handelt sich jetzt nicht um Steuerfragen oder Koalitionsveränderungen, das sind spätere Sorgen. Sinter den Verhandlungen mit den Polen wird eine neuorganisierte Regierung stehen. Diese Verhandlungen müssen innerhalb acht Tagen beginnen. Es ist also keine Zeit zu verlieren. Wer wollte der Regierung Wirth den Auftrag erteilen, jetzt die deutschen Interessen bei den Verhandlungen mit Polen nach Kräften wahrzunehmen? Mögen es die Deutschnationalen und Kommunisten tun! Die übrigen Parteien können gar nicht anders, als einem solchen Beschluß zustimmen. Würde man dagegen jetzt die Volkspartei in die Regierung einladen, dann verlöre man automatisch die unabhängige Unterfütterung. Entscheidend ist die Koalition von Zentrum, Demokraten und Sozialisten stärker als die sogenannte „große“ Koalition, weil jetzt die Flügelparteien in der Frage, auf die es ankommt, gar nicht anders können, als mit der Regierung zu gehen. Der Reichstag sollte bereits heute Sonnabend zusammenkommen, im Augenblick ist es zweifelhaft, ob man eine Sonntagskündigung halten wird. Die Hinauszögerung ist außerordentlich zu beklagen, ein Rücktritt der Regierung wird wahrscheinlich die Sachlage erheblich verschlimmern. Heute vormittag tagten im Reichstage so ziemlich alle Fraktionen, nachmittags soll der Internationale Ausschuss zusammengetreten. Danach wird sich das Kabinett entscheiden. Möge diese Entscheidung so fallen, daß sie weniger die Gefühle des Augenblicks, als vielmehr die lebendigen Zukunftsinteressen des deutschen Volkes berücksichtigt.

Schnelldienst

Der Termin der Plenarsitzung des Reichstages ist heute bemittelt noch nicht fest. Heute nachmittags um 3 Uhr wird der internationale Ausschuss der in der jetzigen Regierung vertretenen Parteien zusammenzutreten und sich mit der Frage einer etwaigen Demission des Kabinetts beschäftigen. Um 5 Uhr tritt das Reichskabinett wieder zusammen. Die Vertreter des Reichsverbandes der Industrie sind einberufen worden, um über die wirtschaftlichen Folgen der Berliner Note zu beraten. In der außerordentlichen Regierung hat wegen der in letzter Zeit erfolgten großen Preissteigerungen im ganzen Lande das Staatsrecht 173 Mark, für 100 heimische Gulden 6100 Mark bezahlt.

Die Entscheidung des Völkerbundsrates.

Die Note Briands. — Die Grenzfestsetzung. — Ein deutsch-polnisches Abkommen vorgeesehen. — Der Schuß der Minderheiten.

Die Völkervereinigung übermitteln den deutschen Völkervereinigung in Paris nachfolgende Note über die obersteinständige Entscheidung:
Herr Völkervereinigung!
Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermitteln, die die Völkervereinigung am 20. Oktober d. J. namens und in ausdrücklicher Vollmacht der Regierungen des Britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als allierter und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben.
Die genannten Mächte haben sich über die Friedensbestimmungen eine Erklärung gegeben, die dem Wunsch der Bevölkerung, wie er in der gemeindeutschen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und die geographische und wirtschaftliche Lage der Entscheidung berücksichtigt. Sie haben sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrates verpflichtet gesehen, den Industriestruktur zu teilen. In Anbetracht der Tatsache, daß die verschiedenen geographisch verteilten Länder, andererseits aber fast untereinander verknüpft sind, mußte jede Teilung dieses Gebietes dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minderheiten verbleiben, und daß wichtige Interessengebiete auseinandergerissen wurden.

In Berücksichtigung dieser Umstände enthält die getroffene Entscheidung Maßnahmen, um im Interesse der Allgemeinheit die Fortdauer des Wirtschaftens ebenso wie den Schutz der Minderheiten in Oberösterreich zu gewährleisten.
Die deutsche Regierung muß sich auch voll dessen bewußt werden, daß die Alliierten Mächte ihre Entscheidung als ein einheitliches Ganzes betrachten, und daß sie fest entschlossen sind, keine verschiedenen Teilungen zu beschließen. In dem Falle, daß die beteiligten Regierungen oder eine von ihnen sich aus irgendeinem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teile anzunehmen, oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie die vollständige Durchführung der Entscheidung hindern würde, in dem Weg zu legen, der die Alliierten Mächte, in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens notwendig ist, die bereitgestellte Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die völlige Durchführung ihrer Entscheidung sicherzustellen.

Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Ein grundsätzliches Übereinstimmen über den Konflikt wird gewiß noch zu finden sein, heute aber wendet sich das Interesse Fragen zu, die nicht eine einzelne Berufsrichtung, sondern das ganze Volk aus tiefster Berührung und interessieren.
In der abgelaufenen Woche ist die Genfer Entscheidung amtlich bekannt gemacht worden. Mühte man sich schon auf eine Grenze in Oberösterreich gelegt machen, die beide Gebiete, in denen deutsche Kraft und Intelligenz Großes geschaffen hat, vom lebendigen Leib des deutschen Vaterlandes riß, so übertrifft doch die amtliche Veröffentlichung alle Befürchtungen noch erheblich. Deutschland verliert drei Fünftel des oberösterreichischen Industriegebietes mit den ferndeutschen Städten Katowitz und Kattowitz, die gesamte Zinn-, Industrie, 75 Prozent der Kohlen, und 80 Prozent der Stahl- und Eisenzeugung gehen uns verloren. Wir haben immer darauf aufmerksamt gemacht, daß nach der Fassung des Friedensvertrages mit einer Teilung Oberösterreichs zu rechnen war, aber der Vertrag forderte auch Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Oberösterreichs bei Deutschland erfordern, bedarf keiner Erläuterung. Hier verlegt die Genfer Entscheidung das gesetzlichste Recht des Vertrages, und über alle schonen Worte Lloyd Georges, daß man kein neues Groß-Kölnen schaffen dürfe, daß das Industriegebiet der Deutschland bleiben solle, und das fast völlig, also gerechtes Spiel, gelten soll, hat man sich in Genf hinweggesetzt, und die Völkervereinigung, die die Verantwortung für die Entscheidung letzten Endes trägt, hat aus einem vermeintlichen Ruhebedürfnis der Genferstaaten Oberösterreich durch einen brutalen Willkürbescheid für lange Zeiten zum Bruchherd erklärt. Am den Schein des Rechts zu wahren, scheitern nun Deutschland in ultimativster Form den Beschluß eines Völkervereinigung, dessen Inhalt vor, daß das gesamte Oberösterreich auf fünfzehn Jahre zu einem wirtschaftlichen Übergangsstaat zusammenfaßt. Erst nach Ablauf des Abkommens soll amtlich die Grenze gezogen werden. Das ist fast wieder als androht, im voraus geht die Erpressung. Man spielt mit den deutschen Wirtschaftsinteressen, mit den Rechten der deutschen Arbeiter in Oberösterreich, mit dem Glauben der deutschen Oberösterreicher, die jenseits der Grenzlinie wohnen, um Deutschland zu zwingen, den Vertrag mit Polen abzuschließen.

Genehmigen Sie p. p.
geg. A. Briand.

Artikel 92, letzter Absatz des Friedensvertrages über die wirtschaftlichen Fragen ein Abkommen zu treffen.
Die im Abkommensgebiet geltenden Bestimmungen, insbesondere die auf dem Gebiete des Bergbaus, der Industrie oder des Handels oder auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung bestehenden Vorschriften einschließlich der Überwachungsbestimmungen, bleiben in dem an Polen fallenden Teil des Abkommensgebietes in Kraft, bis Polen auf diesem Gebiete Bestimmungen erlassen hat, die in keinem geringeren Maße zur Anwendung kommen und die Stelle der bestehenden Vorschriften treten können. Polen verpflichtet auf die Dauer von 15 Jahren auf die Vorteile aus den Artikeln 92 und 207, betreffend die Entengung von industriellen Anlagen, Bergwerken oder Lagerungen, außer wenn nach Ansicht der gemischten Kommission die Entengung für die Aufrechterhaltung des Betriebes unumgänglich notwendig ist. Beide Länder können auf Grund eines gemeinsamen Abkommens alle Übergangsbestimmungen ändern oder beseitigen.
Die Fragen, die sich aus der Rationalität der Personen ergeben, die bei der endgültigen Zuteilung des oberösterreichischen Gebietes in dem Polen ausgeprochenen Teile ihrer Wohnsitz haben, werden gemäß Artikel 115 des Friedensvertrages von Versailles und den Artikeln 3, 4, 5 und 6 des Vertrages vom 28. Juni 1919 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits geregelt.
Für die Überwachung der Ausführung dieser Maßnahmen werden eingeleitet: eine gemischte Kommission für Oberösterreich, bestehend aus zwei Deutschen und zwei Polen, die aus Oberösterreich gebürtig sind, und aus einem Präsidenten fremder Nationalität, der von Völkervereinigung ernannt wird, und ein Schiedsgericht zwecks Schlichtung aller privaten Streitigkeiten, die aus der Anwendung des oben erwähnten Abkommens sich ergeben können. Dieser Schiedsgericht wird sich aus einem von der deutschen Regierung und einem von der polnischen Regierung ernannten Schiedsrichter zusammensetzen. Der Völkerbundrat wird gebeten werden, den Präsidenten dieses Schiedsgerichtes zu bestimmen.

Der letzte Gruß an die Oberösterreicher.

Stegerwalds Erklärung im Landtag.
In der Sitzung des Preussischen Landtages vom 21. Oktober gab Ministerpräsident Stegerwald vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung über Oberösterreich ab. Stegerwald wies nochmals darauf hin, wach ungeduldiger Schicksal der deutschen Völkervereinigung aus dem Genfer Beschluß erwachse, und daß von unpatriotischen Gesichtspunkten aller Nationen, die Oberösterreich beunruhigen und subvertieren, die Unteilbarkeit als Voraussetzung seines wirtschaftlichen Gedeihens festgestellt worden sei. Die nun eingetretene Spal-

In der Anlage
wird unter anderem die Grenze zwischen Deutschland und Polen bezeichnet, die unsere Leser aus der in der Sonntagsausgabe erscheinenden Karte erkennen werden. Die deutsche und polnische Regierung haben in möglichst kurzer Frist gemäß